

## **VORBERICHT 2011**

### **Zur Erstellung des Voranschlagsentwurfes:**

Maßgebende gesetzliche Rahmenbedingungen für die Erstellung des Voranschlages 2011 stellen unter anderem das Finanzausgleichsgesetz 2008, der aktuelle österreichische Stabilitätspakt 2008 sowie die relevanten Normen des sekundären und tertiären Finanzausgleichs dar. Darüberhinaus wirken neue gesetzliche Regelungen wie etwa der Umsatzsteuerwartungserlass des BMF.

Der VA 2011 ist nach 2010 weiterhin durch die negativen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt, die in erster Linie durch deutliche Einnahmerückgänge zum Ausdruck kommen. Unter Berücksichtigung der per Mitte Oktober 2010 bekannten Überlegungen zur Steuerreform 2011 und unter Veranschlagung der diesbezüglich anteilig auf die Stadt Linz entfallenden Einnahmen in einer Größenordnung von rd. 5 Mio. € werden auf Basis gegenwärtiger konjunktureller Prognosen (sh gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen) für 2011 rd. 208 Mio. € erwartet. In etwa dieses Ergebnis wurde 2008 realisiert. Ähnlich ist die Situation bei der Kommunalabgabe, die mit erwarteten 119,4 Mio. € für 2011 mit 2,6 Mio. € deutlich unter dem VA 2010 liegt. Darüber hinaus wird ausgabenseitig der städtische Haushalt durch die jährlich anfallenden Transferleistungen an das Land Oberösterreich überproportional gefordert. Die Schere zwischen den Einnahmen aus Ertragsanteilen und Eigenen Steuern sowie den Transferzahlungen an das Land OÖ wird jährlich größer, da die Dynamik der Transferzahlungen die Einnahmenentwicklungen bei weitem übertrifft.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit von maßvollen Ausgabenleistungen kann im ordentlichen sowie im außerordentlichen Haushalt eine Kreditsperre eingeführt werden. Ausgenommen davon sind Zahlungen aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen.

Der VA 2011 berücksichtigt die aktuelle Geschäftseinteilung des Stadtsenates. In struktureller Hinsicht werden zum VA 2011 bislang als Gesellschafterzuschüsse ausgewiesene Zahlungen an städtische Unternehmen nunmehr als Kapitaltransfers bzw. als laufende Transferzahlungen dargestellt. Das gesamthaushalterische Volumen bleibt davon unberührt.

Unter Berücksichtigung der skizzierten Rahmenbedingungen liegen die angestrebten finanzpolitischen Zielsetzungen für den VA 2011 vor allem in der Minimierung des negativen Saldos der laufenden Gebarung, der sich auf –34,7 Mio. € belaufen wird. Unter Berücksichtigung der Vermögensgebarung und der wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt wird das Maastricht-Ergebnis bei –55,0 Mio. € erwartet.

Die Erstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2011 erfolgte nach dem im Statut für die Landeshauptstadt Linz und in der Haushaltsordnung vorgesehenen Verfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der VRV.

Die städtischen Dienststellen haben unter Zugrundelegung der von der Finanz- und Vermögensverwaltung erarbeiteten Vorgabewerte ihre Vorschläge bis zum Ende der Mittelanmeldung per 3.9.2010 vorgelegt.

Die gemäß § 18 (2) und § 18 (3) der Haushaltsordnung durchgeführten Absprachen unter Einbeziehung der politischen ReferentInnen brachte folgendes Ergebnis:

	laufende Gebarung	Vermögensgebarung	Finanztransaktionen
Einnahmen	506.524.500,--	33.542.400,--	126.090.300,--
Ausgaben	541.258.500,--	80.614.700,--	44.284.000,--
Überschuss	0,--	0,--	81.806.300,--
Abgang	-34.734.000,--	-47.072.300,--	0,--

Zur Deckung des Zuschussbedarfes wurden 74,3 Mio. € Darlehensaufnahmen (Seite V - 24) veranschlagt. Diesen stehen Darlehenstilgungen in Höhe von 16,4 Mio. € gegenüber.

Das so erzielte Ergebnis wurde von der Stadtkämmerei im vorliegenden Voranschlag zusammengefasst und wird dem Gemeinderat im Wege des Stadtsenates unter Beiziehung des Finanz- und Hochbauausschusses mit dem Antrag auf Genehmigung vorgelegt.

## **Zur Budgetlage:**

### **Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen**

WirtschaftsforschungsexpertInnen des WIFO und IHS gehen in ihrer aktuellen Herbst-Prognose von einer sich weiter fortsetzenden regen Wirtschaftsentwicklung für das 2. Halbjahr 2010 aus und rechnen für 2010 mit einem Wirtschaftswachstum von 2,0% (Wifo) bzw. 1,8% (IHS). Unter der Annahme, dass nach der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit die österreichische Wirtschaft angelehnt an die Expansion der Weltwirtschaft wieder wächst, fällt die Prognose für 2011 optimistischer aus, als noch zu Beginn des Jahres. So geht das WIFO bzw. das IHS von einem BIP-Wachstum in Höhe von 1,9% bzw. 2,0% aus. Das IHS betont jedoch, dass die konjunkturellen Risiken weiterhin hoch sind und Finanzmarkturbulenzen (ausgelöst von der Sorge um die hohen Staatsschulden einiger Länder im Euroraum) die europäische Konjunktur bis dato kaum beeinträchtigt haben.

Für die von der Weltrezession 2009 und 2010 stark negativ beeinflusste österreichische Außenwirtschaft wird für Ende 2010 und 2011 bereits wieder ein positives Ergebnis erwartet.

Die aufgrund der Konjunkturkrise massiven Rückgänge in der Investitionstätigkeit 2009 erholen sich wieder langsam, die bestehenden Unsicherheiten über die weitere Wirtschaftsentwicklung dämpfen jedoch das Investitionsklima. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird für 2011 ein Anstieg von 3,5% erwartet, im Bereich der Bautätigkeit wird nach den Rückgängen in den beiden Vorjahren für 2011 eine Stagnation prognostiziert.

Die verfügbaren Einkommen werden laut Wifo weit weniger wachsen (+0,8%) als das BIP (+2,0%). Trotz dieser Entwicklung wird der Konsum der privaten Haushalte leicht wachsen (Wifo: 0,8%; IHS: 1,2%). Aus Sicht des Wifo bleibt der private Konsum damit noch immer hinter den Krisenjahren 2009 und 2010 zurück. Die in Diskussion stehenden zurückhaltenden Lohnerhöhungen für 2011 sowie die in Rede stehende Steuerreform (in Abhängigkeit der gesetzten Maßnahmen) könnten den privaten Konsum weiterhin dämpfen.

Die Arbeitslosenzahlen erholen sich nach einem starken krisenbedingten Einbruch in den Jahren 2009 und 2010. So rechnet das IHS für 2011 mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote (gemäß nationaler Definition) auf 6,7%. Im Vergleich dazu betrug die Arbeitslosenrate 2009 7,2%.

Die Inflationsrate prognostizieren die Wirtschaftsforscher für 2011 mit 1,8%. Aufgrund der gestiegenen Energiepreise stieg die Inflationsrate 2010 schon auf 2%, ein nachlassender Preisdruck bei den Mineralölprodukten verursachte eine Reduktion auf 1,7% Mitte des Jahres.

Aufgrund der genannten wirtschaftlichen Besserung und unter Berücksichtigung von geplanten Konsolidierungsmaßnahmen erwarten die Wirtschaftsforscher eine rückläufige Defizitquote in Höhe von 3,5% (Wifo) bzw. 3,4% (IHS) des BIP. Beide Institute betonen die Notwendigkeit von Konsolidierungsmaßnahmen und die unaufschiebbare Sanierung des Staatshaushalts. Aus Sicht des IHS bedarf es dazu der Ausschöpfung aller Effizienzpotenziale im öffentlichen Sektor.

Alles in allem wird der Aufschwung im Euroraum als „verhalten“ gesehen, da die hohen Staatsdefizite inklusive anstehender Konsolidierungsmaßnahmen, eine mäßige Investitionsdynamik, der Reformbedarf im Finanzsektor und die Ungleichgewichte im Euroraum eine weitere Belastung bedeuten.